

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 24

Erste Ausgabe monatlich 10 Pf. Nur Postbezug.
Zustellung bei allen Postanstalten.

Berlin, den 15. Juni 1924

Geschäftsstelle: Berlin O. 2, Postfach 891 V.
Vertrau: Merkur 8529.
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

40. Jahrgang

Haltet eure Gewerkschaft hoch!

Der zwar langsam aber sicher einsetzende Wiederaufbau unserer Gewerkschaften und deren organisatorischen Einrichtungen ist der beste Beweis dafür, daß unsere Verbände die schwere Krise, die das Vorjahr ihnen brachte, mit allem Fleiß zu überwinden trachten. Der neben der Geldentwertung alles zerrüttende Umstand, daß alle Differenzen in der Arbeiterschaft fast reiflos auf Kosten der Gewerkschaften ausgetragen wurden, daß alle Mißerfolge, gleichgültig welcher Art, ein nicht kleiner Teil Mißergründer unserer Gewerkschaften zur Last legte, hat zu der folgenschwersten Schädigung unserer Organisationen geführt. Neben der beginnenden materiellen Gefundung macht sich jetzt glücklicherweise auch eine Umwertung unserer gewerkschaftlichen Arbeit ganz feste bemerkbar in der Richtung, daß in weiten Gewerkschaftskreisen eingesehen wird, mit welchem Unrecht unsere Verbände mit so vielen unangenehmen Erscheinungen des wirtschaftlichen Lebens belastet wurden. Man beginnt zu verstehen, daß die ideale gleich der materiellen Macht der Gewerkschaften baldmöglichst wieder auf ein erreichbares Höchstmaß gebracht werden muß.

Allerdings, alle Arbeitergenossen und Genossinnen sind an dieser Erkenntnis nicht beteiligt. Ein nicht gerade kleiner Teil hat die Flinten ins Korn geworfen, ihre Mitgliedsbücher beiseite gelegt und schimpft nach wie vor auf unsere Gewerkschaften. Das sind zunächst alle die, denen tönende Phrasen leichter begreiflich waren als praktisches Arbeiten, dann aber auch die, denen das Zusammengehen mit Leidensgefährten nur eine unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse sich entwickelnde „Mode“ war, die mitzumachen sie sich nicht entzelen konnten. Der gesunde Sinn des Großteiles unserer Gewerkschaftsmitglieder aber ist gesündere Bahnen gewandelt. Ihrer Treue und Unabhängigkeit ist es zu danken, daß jetzt wieder die Zeit gekommen, da „neues Leben blüht aus den Ruinen“.

Wie so grundsätzlich anders hat sich der natürliche Gegner der Arbeiterschaft verhalten: Die Unternehmer haben die materiellen Schwierigkeiten des Vorjahres nur zu einem ganz kleinen Teil erfahren. Sie verstanden es, wie immer, aus jeder Blüte Honig zu saugen und die wirtschaftlichen Erfolge auf die Arbeiterschaft abzuwälzen. Ihre Organisationen sind völlig intakt geblieben und ihr innerer Zusammenhalt ist eher verstärkt worden. Mögen auch Einzelerscheinungen auf das Gegenteil deuten: In ihrer Gesamtheit sind die Unternehmer heute stärker als je zuvor. Zudem verstanden sie es vortrefflich, der Arbeiterschaft gegenüber deren Organisationen herabzusetzen. Wir haben schon oft darauf verweisen müssen, daß die Unternehmer bei Lohn- und sonstigen Verhandlungen Stein und Bein jammerten, keine höheren Löhne zahlen zu können, daß ihre Leistungsfähigkeit zu Ende und alles Produzieren zwecklos geworden sei, da jede neu hereinzunehmende Arbeit erhebliche Zubußen verlange. Erst nach Stunden- und tagelangem Ringen ist es in der Regel den Vertretern der Arbeiterschaft möglich gewesen, irgendwelche Vorteile für die Arbeiterschaft herauszuholen.

So zäh und stiermäßig die Unternehmer bei allen Verhandlungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind, als genau so mißfühlende Seelen stellen sie sich im Betrieb den eigenen Arbeitern und Arbeiterinnen gegenüber. Nicht in einzelnen, in Dutzenden von Zuschriften sind unserer Verbandsleitung 3 W. Mitteilungen geworden, daß sich der

einzelne Unternehmer in den Betrieb stellt und mit der Miene des Biedermannes versichert, daß er „die Notlage der Arbeiter wohl einsehe und daß er gern mehr zahlen würde, daß er aber an den Tarif gebunden sei, und wenn dieser nicht die erwartete Zulage gebracht habe, dann möge sich die Arbeiterschaft an ihren Verband wenden, dessen Vertreter sich mit dem Abschluß begnügen hätten. Tarif sei Tarif und er müsse von beiden Seiten eingehalten werden.“ Auf diese Redensarten fällt die Arbeiterschaft immer prompt herein, anstatt die zwiespältige Haltung des Unternehmers zu durchschauen und zu erkennen, daß dessen Verhalten nur elender Heuchelei entspringt. Niemanden ist es eingefallen, einmal nachzuprüfen, welche Rolle gerade diese Unternehmer bei den Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeiterschaft spielen, ob sie nicht gerade diejenigen sind, die sich dabei als die größten Scharfmacher zeigen, oder, falls sie an den Verhandlungen nicht teilnehmen, ob sie es nicht gerade sind, die in ihren Zuschriften an die Verhandlungsleitung gegen jedwede Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen schärfstens protestieren. Anstatt hieran zu denken, gibt es noch immer erhebliche Teile in der Arbeiterschaft, die da glauben, daß „ihr Chef“ sie doch nicht so schändlich anlügen könne und daß es mit dem, was er sagt, schon einige Richtigkeit haben müsse. Die nächste Folge ist dann der vielbeobachtete Entrüstungsrummel gegen die eigene Gewerkschaftsleitung, das Schimpfen auf die Unternehmer und die Vorwürfe über Arbeiterverrat, Mangel an proletarischem Empfinden usw. nehmen kein Ende.

Auch das muß anders werden. Der Glaube an das ehrliche Bestreben der Vertreter der Arbeiterschaft, bei allen nur denkbaren Gelegenheiten im Sinne und im Interesse ihrer Auftraggeber zu handeln, muß wieder Allgemeingut der Arbeiterschaft werden. Die mühevolle und meistens undankbare Aufgabe der Unterhändler verdient eine andere Bewertung, als ihr in den letzten Jahren geworden ist. Kein Mensch hält auf die Dauer diese heroisiererrüttende Tätigkeit aus und nur die Ueberzeugung, das Beste für die Arbeiterschaft gewollt und das Möglichste erreicht zu haben, hält viele von denen ausredet, die den schändlichsten Anfeindungen von allen Seiten ausgesetzt waren. Auch das mag einmal beachtet werden, wenn es gilt, die Tätigkeit der Vertreter der Arbeiterschaft dem Kapital gegenüber zu bewerten.

Wie falsch es ist, unseren Unterhändlern allzu eilige Preisgabe von Arbeiterrechten zum Vorwurf zu machen, mag an einer Aeußerung illustriert werden, die in einem Bericht über eine Sitzung des Gesamtvorstandes des Verbandes Sächsischer Industrieller enthalten ist. Dort hieß es u. a. in bezug auf die Arbeitszeitverordnung:

„Es wurde festgestellt, daß die auf Grund dieses Gesetzes möglichen Verlängerungen der Arbeitszeit durch Tarifabschlüsse mit den Gewerkschaften nur in den seltensten Fällen herbeigeführt werden konnten. Entgegen den Erwartungen, die der Reichsarbeitsminister beim Erlass der Verordnung an die wirtschaftliche Einsicht der Gewerkschaften geknüpft hatte, haben sich insbesondere die sozialistischen Verbände der Arbeitnehmer scharf auf den Standpunkt gestellt, daß sie den schematischen Achtstundentag unter allen Umständen aufrecht erhalten wollten. Demgegenüber haben die Arbeitgeber eine Verlängerung der Arbeitszeit verlangen müssen, allerdings ohne schematisch ihrerseits den Neun- oder

Zehnstundentag zu verlangen. In der großen Mehrzahl der Fälle sind Schiedssprüche gefällt, die unter Zugrundelegung der Achtstündigen Arbeitswoche eine Vermehrung der Arbeitszeit ohne Zuschlagszahlung um weitere 6 Stunden zulassen. In einzelnen Fällen werden auch prozentuale Zuschläge bezahlt. Die Gewerkschaften haben sich durch diese Schiedssprüche, die teilweise verbindlich erklärt werden mußten, erst zu den Verlängerungen zwingen lassen.“

Und wie mit der Arbeitszeit, ging es auch mit dem Lohn. Selten, daß ein Abschluß auf freier Vereinbarung zustande kam; wie so oft mußten die staatlichen Schlichtungsstellen, das Reichsarbeitsministerium, eingreifen, um einen Abschluß zu bringen. Diese Tatsache zeigt zur Genüge, daß die Vertreter der Arbeiterschaft alles aufgeboden haben, um ihren Auftraggebern gerecht zu werden.

Der gewerkschaftlich geschulte Stamm unserer Organisation hat nie gezeigelt an der Schwere der gewerkschaftlichen Aufgaben der letzten Jahre und er hat darum auch nie gemurrt und protestiert gegen seine Vertreter, sondern in richtiger Erkenntnis der Dinge seinen ganzen Zorn gewandt gegen diejenigen, die mit Vorbedacht und sicherem Verstandnis für die Psyche eines nicht kleinen Teiles der Reuegewerkschafter die Lebenshaltung der Arbeiterschaft auf das denkbar tiefste Niveau herabdrückten, zum Teil mit in der bestimmten Erwartung, damit das Beste zur Entfremdung dieses Arbeiterkreises von ihren Gewerkschaften getan zu haben. Die Gewerkschaftsgeschichte des letzten Jahres zeigt, daß die Spekulation auf die Dummheit so vieler Arbeiterkräfte nicht falsch war. An uns liegt es nunmehr, die unheilvollen Folgen, deren sichtbarster Ausdruck die Schwächung unserer Gewerkschaften ist, schnellstens wieder zu beseitigen. Die jetzt beginnende Einsicht von der Zweckmäßigkeit unserer Gewerkschaften und deren absoluter Notwendigkeit auch in der neuesten Zeit, muß mit allen Mitteln gefördert werden. Die Arbeitskraft kann gegen alle Bedrückungen nur dann bestehen, wenn ihre Organisation lädenlos dasteht. Darum wehrt euch gegen alle Verdächtigungen eurer Gewerkschaft, gleichgültig, von welcher Seite sie kommen mögen; laßt euch nicht beirren in dem Bestreben, eure Organisation weiter zu kräftigen und zu der alten, bewährten Schlagkraft zu bringen.

Haltet eure Gewerkschaft hoch!

Entscheidungen zu unseren Reichstatarifverträgen.

Einis-Industrie.

Der Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums über den Abschluß eines Mantelvertrages für die Einis-Industrie, von dem wir in der letzten Nummer Kenntnis gaben, wurde von unseren für die Einis-Industrie in Betracht kommenden Zahlstellen abgelehnt. Den Unternehmern ist dieser Sachverhalt zur Kenntnis gebracht worden. Für die Einis-Industrie besteht demnach zurzeit keinerlei Vertragsverhältnis. Nicht unwahrscheinlich ist, daß die Unternehmer nunmehr die Verbindlichkeitserklärung des Mantelvertrages beantragen werden. Ob diese bei der allgemeinen Ablehnung durch die Arbeitnehmerschaft infolge der absolut unzulänglichen Bestimmungen des Vertrages ausgesprochen werden wird, ist natürlich eine Frage für sich.

Zum Mantelatarif mit dem Deutschen Buchdrucker-verein.

Die Verhandlungen mit dem Deutschen Buchdrucker-verein haben zu nachstehenden Aenderun-

gen des Reichstarifs für Buchdruckerei-Buchbinder vom 29. Juni 1923 nebst Nachtrag vom 12. April 1924 geführt:

§ 3 Ziffer 2 lautet: Die tägliche Arbeitszeit liegt bei einfacher Schicht entweder in den Stunden von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, oder von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends. Die diesbezügliche Festsetzung hat für den Gesamtbetrieb zu erfolgen.

§ 3 Ziffer 4 enthält folgende Fassung: Soweit die Arbeitszeit außerhalb der in § 3 Ziffer 2 genannten Tagesstunden, also vor 6 bzw. 7 Uhr morgens oder nach 6 bzw. 7 Uhr abends liegt, ist den Schifften folgende besondere Vergütung zu gewähren:

Für die Stunden

von 6 bzw. 7 bis 9 Uhr abends	15 Proz.
von 9 bis 11 Uhr abends	25 "
von 11 Uhr abends bis 2 Uhr morgens	30 "
von 2 Uhr bis 6 bzw. 7 Uhr morgens	40 "

des Stundenverdienstes.

§ 6 Ziffer 2 wird wie folgt geändert: Nicht regelmäßige „Sonntags- oder Feiertagsarbeit“ wird mit 50 Proz., regelmäßige Sonntagsarbeit mit 80 Proz. und die Arbeit am 1. und 2. Oster-, Pfingst- oder Weihnachtstags mit 125 Proz. auf den Stundenverdienst entschädigt.

§ 7 Ziffer 2: Im zweiten Absatz wird der letzte Satz wie folgt geändert: Hierfür gezahlte Gebühren und Entschädigungen kommen in Anrechnung.

§ 7 Ziffer 5 (neu): Bei Dienstverhinderung infolge Betriebsunfalls im Sinne der RVO. wird dem mindestens 6 Monate im Betriebe tätigen Beschifften der Unterschied zwischen dem Krankengeld und dem Tariflohn seiner Altersstufe auf die Dauer von 4 Wochen gezahlt.

§ 8 Ziffer 3 wird in der 5. Zeile dahin geändert, daß es statt „10 Proz. des Stundenlohnes“ „¼ Lohnstunde“ heißt.

§ 8 Ziffer 4 lautet: Für Ueberstunden wird außer dem Stundenverdienst eine besondere Entschädigung gezahlt, und zwar für die ersten beiden Stunden 25 Proz., für die nächsten beiden Stunden 45 Proz., für alle übrigen Stunden 60 Proz.

§ 10 Ziffer 6 zu II: Zu gewähren sind für Arbeiterinnen:

- a) bei einer Beschäftigung von 9 Monaten 1 Betriebs- 4 Arbeitstage;
- b) für jedes weitere Beschäftigungsjahr im Betriebe je einen Arbeitstag mehr, jedoch in Orten bis zu 25 000 Einwohnern höchstens 6 Arbeitstage, in Orten über 25 000 Einwohner höchstens 8 Arbeitstage, in Berlin, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Köln, Leipzig, München und Stuttgart höchstens 10 Arbeitstage.

§ 10 Ziffer 10: In der vorletzten Zeile werden die Worte „nicht länger als 8 Wochen“ in „nicht länger als 13 Wochen“ abgeändert.

§ 16 Ziffer 1 lautet: Der Monatslohn tritt mit dem 1. Juni 1924 in Kraft und läuft bis zum 31. Januar 1925. Wird er nicht 2 Monate vor Ablauf schriftlich gekündigt, so läuft er stets mit der gleichen Kündigungsfrist auf drei Monate weiter.

Protokollklärung zu § 7 Ziffer 5 des Tarifs: In allen Fällen, in denen das Krankengeld nicht oder nur teilweise zur Auszahlung kommt, dient als Grundlage für die Umrechnung das fahungsgemäße Krankengeld.

Arbeitszeitabkommen: Die wöchentliche tarifliche Arbeitszeit beträgt 48 Stunden. Je nach den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Betriebes können für Betriebe oder für einzelne Betriebsabteilungen vom Arbeitgeber nach Rücksprache*) mit der gesetzlichen Betriebsvertretung Mehrstunden bis zur Höchstdauer von wöchentlich 5 Stunden angeordnet werden. Diese Mehrstunden sind für jede Stunde mit dem 48. Teil des Wochenlohnes zuzüglich eines Aufschlags von 12½ Proz. zu bezahlen. Für die darüber hinausgehende Arbeitszeit ist der tarifliche Ueberstundenzuschlag zu zahlen.

Dieses Abkommen tritt am 1. Juni 1924 in Kraft und gilt bis zum 31. Januar 1925. Wird es nicht zwei Monate vor Ablauf schriftlich gekündigt, so läuft es stets mit der gleichen Kündigungsfrist auf drei Monate weiter.

Protokollklärung zum Arbeitszeitabkommen: Es besteht Einverständnis darüber, daß bei Feiertags- und Ferienbezahlung Mehrstunden nicht berücksichtigt werden.

Der § 4 des Reichstarifs mit den Abänderungen des Nachtrages vom 12. April 1924 bleibt für die Dauer des am 20. Mai 1924 abgeschlossenen Lohnabkommens unverändert bestehen.

*) Es besteht Uebereinstimmung, daß „Rücksprache“ weder Zustimmung noch Mitwirkung im Sinne des Gesetzes bedeutet.

Die Wirtschaftskrise.

× In der andauernden Krise des Kreditmarktes enthüllt sich das wahre Gesicht der deutschen Wirtschaftskrise. Die Zeit der Inflation bedeutete eine günstige Konjunktur, die, wie es in Konjunkturzeitschriften gewöhnlich zu geschehen pflegt, zu Betriebsverweiterungen und zur Errichtung neuer, wirtschaftlich oft überflüssiger Betriebe führte. Die Flucht vor der Mark in die Sachwerte hat diesen Prozeß gewaltig gesteigert. Durch diese Flucht sind aber die Unternehmungen „immobil“ geworden, das heißt sie verfügen nicht mehr über das notwendige Betriebskapital. Aus den laufenden Ersparnissen können die nötigen Betriebskapitalien nicht rasch und unter Umständen überhaupt nicht herausgewirtschaftet werden. Kredite aber, die das fehlende Betriebskapital liefern sollen, sind nicht vorhanden. Die Reichsbank, die zur Zeit einer Krise die einzige Quelle neuer Krediterschöpfungen ist, kann mit Rücksicht auf die Aufrechterhaltung der Währung die nötigen Geldmittel für die Wirtschaft nicht mehr hergeben, sie muß eine Politik der Geldeinschränkungen treiben. Die Privatbanken können, um ihre Liquidität nicht zu gefährden, keine neuen Kredite schöpfen und nur die ihnen in Form von Depositen zur Verfügung stehenden Beträge ausleihen. Die Bildung von Depositen war während der Zeit der Geldentwertung unmöglich, ging aber auch seit der Stabilisierung der Währung, zum guten Teil durch die Schuld der Banken, welche keine entsprechenden Zinsen für die Depositen vergüten wollten, nicht vorwärts. Der Kreditmangel ließ die Zinsen für den Kredit ins Ungemessene steigen. Allererste Firmen müssen einen Zins von 35 bis 40 Proz., andere Kreditnehmer 70 bis 100 Proz. zahlen, wenn sie überhaupt Geld bekommen. Diese enormen Zinsen sind auch der Angst vor neuerlicher Geldentwertung zuzuschreiben und enthalten daher eine hohe Prämie für Valutarisiko. Die fälligen Darlehen werden nach ihrer Fälligkeit nicht erneuert, und so werden unzählige Existenzen ins Verderben gestürzt.

Wir werden damit vertröftet, daß dieser Zustand auch zum Gesundungsprozeß der Wirtschaft gehöre, indem die ungelunden Auswüchse der Inflationwirtschaft jetzt aus dem Wirtschaftskörper ausgemerzt würden, während die gesunden Unternehmungen bestehen blieben. Ist dem wirklich so? Hat nicht vielmehr der volkswirtschaftliche Schriftsteller Lansburgh recht, der in der Zeitschrift „Die Bank“ von einer „Kapitalvagabondage“ redet und sagt, daß heute trotz brüderlichen Kapitalmangels Geld für jeden, selbst für den abenteuerlichsten Zweck da ist, sofern nur ungeheure Zinsen und Gewinnbeteiligung zugesichert werden; daß eine Auslese der Kreditnehmer in der Tat stattgefunden hat, aber im schlechten Sinn, das Kapital wird entweder rein zu Konsumzwecken verwirtschaftet oder in Unternehmungen ohne innere Lebensfähigkeit sinn- und zwecklos aufgezehrt. Ja, es gibt Geschäftsleute, die leicht absehbare Waren herstellen oder verkaufen, die angefertigt der dank der niedrigen Löhne außergewöhnlich großen Spanne zwischen Festsetzungspreis und Marktpreis ihre Betriebe jetzt noch erweitern, wodurch Kapitalisten, die sonst bei den Banken deponiert und von diesen weitergeliehen wurden, für die übrige Volkswirtschaft verlorengehen. Große volkswirtschaftlich wichtige Unternehmungen können ihre Betriebe nicht weiterführen. Tausenden von Arbeitern droht die Arbeitslosigkeit. Dagegen herrscht auf der Börse, wo Effekten gehandelt werden, wieder eine große Geldfülle. Ungeachtet der sonst allgemein herrschenden Kreditnot — schreibt „Die Börse“ — ist heute an der Börse kurzfristiges Geld überreichlich zu haben. Auch sind die Zinsätze auf diesem Geldmarkt in der letzten Zeit wesentlich zurückgegangen. Die Ueberfremdung der Aktien, deren Kurse in den letzten Monaten gewaltig gesunken sind, hat jetzt wieder große Fortschritte gemacht, die Aktienpakete wandern nach dem Ausland und insbesondere nach England, der Ausverkauf Deutschlands an das ausländische Kapital nimmt seinen Fortgang. Infolge dieser beträchtlichen Auslandskäufe haben sich die Kurse der Aktien wieder erhöht, wenn sie auch immer noch äußerst niedrig sind.

Die notwendige Anpassung der Preise an die Abnahmlichkeiten hat noch nicht begonnen, aber doch nur im denkbar geringsten Maß. Sie sollte bei der Kohle ihren Anfang nehmen, was aber schon infolge

der Ricomverträge und des Bergarbeiterstreiks nicht möglich war. Auch sind die Eisen- und Stahlpreise äußerst hoch. In der Textil- und Lederindustrie, besonders in der letzteren, scheint ein kleiner Preisabbau eingeleitet zu haben. Die Lebensmittelpreise sind ebenfalls etwas gesunken. Bestände des Groß- und Kleinhandels müssen infolge des Geldmangels schon zu ermäßigten Preisen abgesetzt werden. Die Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten verzeichnete am 23. Mai seit Ende März zum erstenmal eine geringe Abnahme (um 0,9 Proz.). Der Preisrückgang reicht aber zur Ermöglichung einer Ausfuhr nicht aus. Auf der Kölner Messe sind ausländische Bestellungen infolge der hohen Preise gänzlich ausgeblieben. Auch die Tragfähigkeit des inneren Verbrauchs geht zur Neige. Infolge der Geldknappheit gehen auch die Einfuhren zurück, die Devisenanforderungen sinken, da die Importeure das zur Devisenbeschaffung nötige Geld nicht haben.

Die Aussichten des Arbeitsmarktes sind infolge der geschilderten Vorgänge sehr ungünstig. Die Auswanderung, die 1923 bereits sehr hoch war — 115 416 Personen sind ausgewandert gegenüber 25 843 im Jahre 1914 — nimmt besonders unter den Angestellten große Ausmaße an. Die Reaktionsneigung ist immer noch um ein Viertel niedriger als vor dem Krieg. Einige Arbeitskämpfe, wie der große Streik der Werftarbeiter, der 13 Wochen andauerte, der Streik in der Badischen Anilinfabrik, in der Mannheimer Metallindustrie, wurden beendet, andere, in der Bau- und Holzindustrie, sind noch im Gang. In all diesen Bewegungen kommt der starke Wille der Arbeiterschaft zur Wahrung ihrer Rechtslage bei der Arbeitszeitverlängerung zum Ausdruck. Sie ist bereit, mehr zu leisten, ja auch länger zu arbeiten, der Achtstundentag muß aber anerkannt und die Verlängerung als Ueberstundenleistung bezeichnet werden, die nur als Ausnahme besteht. Die Forderung der Arbeitszeitverlängerung im Bergbau mit ihren schweren Folgen für das Wirtschaftsgeschehen wurde ebenfalls im Zeichen dieses Grundprinzips durchgeführt. Bei all diesen Kämpfen ergaben sich durch die Hartnäckigkeit und Unnachgiebigkeit der Unternehmer so große Verluste für die Volkswirtschaft, daß sie in absehbarer Zeit nicht ausgeglichen werden können.

Der Arbeitsmarkt im Mai.

Nach den fast restlos vorliegenden Berichten der Zahlstellen hat sich der Arbeitsmarkt weiter gehoben. Von den 18 386 männlichen und 37 225 weiblichen Mitgliedern waren am 31. Mai 990 = 5,4 Proz. der ersteren und 2900 = 7,7 Proz. der weiblichen arbeitslos. Insgesamt also 3890 oder 7 Proz. Kurzarbeiter wurden in 25 Verwaltungsstellen 630 = 3,4 Proz. männliche und 1335 = 3,5 Proz. weibliche festgestellt, so daß insgesamt 1591 = 8,8 Proz. männliche und 4152 = 11,2 Proz. weibliche Mitglieder von völliger oder teilweiser Arbeitslosigkeit betroffen waren. Gegen den Vormonat bedeutet das einen Rückgang der Arbeitslosenziffer von 1200 auf 990 bei den männlichen und von 3980 auf 2900 bei den weiblichen, während die Kurzarbeiterziffer eine kleine Steigerung erfahren hat. — Nicht berichtet haben 7 Zahlstellen mit 877 Mitgliedern. Und zwar G. r. l. i. c., Torgau, Gotha, Halle, Oberwiesenthal und G. o. p. i. n. g. e. n.

Arbeiterbildung.

(Schluß)

Die Diskussion lehrt den Gewerkschafter, zu analysieren und für die Ideen seiner Welt eine synthetische Formel zu suchen. Die Forderungen werden im allgemeiner Weise formuliert und in Rede und Gegenrede, durch die Gegenüberstellung und Prüfung der verschiedenen Kampfmethoden, entwickelt sich der tatsächliche Sinn wie die Kunst, vorausschauend Wirkungen zu berechnen und abzuschätzen. Man erkennt die Gemeinsamkeit der Interessen, die Notwendigkeit, sie zum Vorteil der gesamten Gruppe zu verteilen und zu verwerten, und die persönliche Auffassung den Bedürfnissen der Allgemeinheit zu unterordnen.

Schon die Tatsache, daß die Arbeiter in Berufsgruppen vereinigt sind, nötigt sie, das persönliche Interesse dem beruflichen Gesamtinteresse einzuräumen. Seine Zugehörigkeit zur Gewerkschaft, die wieder an organisatorisch höher stehende Verbände angeschlossen ist, gliedert den or-

ganisierten Arbeiter in den Kreis der nationalen Interessen ein. Durch die Ortsgruppe und die regionale Zusammenfassung der Gewerkschaften wird er sich seiner Stellung im Bereiche der lokalen und regionalen Interessen bewußt. Im Lichte dieses Zusammenhanges begreift der organisierte Arbeiter, wenn er seine Gedanken schließlich dem Gewerkschaftsbund seines Landes zuwendet, dem alle Verbände im nationalen Rahmen eingegliedert sind, seine Aufgabe und seinen Platz innerhalb der Nation und im Rahmen der Nationen. Das gewerkschaftliche Leben und die gewerkschaftliche Aktion bewirkt sonach eine soziale Erziehung, wie sie dem Arbeiter keine andere Institution in diesem Ausmaß zu bieten vermöchte, da sie alle Probleme der Arbeit einschließt und so den ganzen Kreislauf der menschlichen Tätigkeit umfaßt. Diese Fähigkeiten, die die gewerkschaftliche Propaganda erfordert und hervorruft, erzeugen notwendig das Bedürfnis zur regen Mitarbeit, die den Arbeiter buchstäblich an die Schwelle der neuen Gesellschaft rückt.

Aber diese sozialen und beruflichen Hoffnungen und Bestrebungen der Arbeiter erfordern eine Aktion und bedingende Organe und Kräfte, die sie vertreten und interpretieren. Die gewerkschaftliche Diskussion über die Lohnfragen bildet die Ursachen für die Unternehmung der Lohnformen. Die Forderungen bezüglich der Arbeitszeit sind die Urhebel für eine neue Organisation der Arbeit, indem durch sie die Möglichkeit einer anderen zeitlichen Einteilung praktisch nachgewiesen wird. Die vom Unternehmertum geltend gemachten Einwände betr. die Konkurrenz und die Herstellungskosten verursachen eingehende wirtschaftliche Untersuchungen. Der Streit über die Qualität der Arbeit läßt eine technische Untersuchung entstehen und veranlaßt die Arbeiter, alle Geheimnisse ihres Handwerks kennen zu lernen und sich über den allgemeinen Fortschritt auf industriellem und wissenschaftlichem Gebiete auf dem laufenden zu halten. Dasselbe gilt für die Fragen der Arbeitsvermittlung, der Arbeitslosigkeit oder Unterbringungseinrichtungen, die eine Veränderung der Lebensbedingungen bewirken und ihrerseits entsprechende Untersuchungen veranlassen. Der Geist der Brüderlichkeit, der namentlich in dieser Bildungsarbeit zum Ausdruck kommt, bildet eine wesentliche Ergänzung der moralischen Erziehung für die neuen Formen des sozialen Lebens.

Alles dies zeigt, daß die Erziehung durch die Gewerkschaft allein durch die Tatsache ihrer Existenz und ihrer Aktion in einem wesentlichen Gegenstand steht zur mehr oder weniger offiziellen Erziehung, indem sie im wesentlichen darauf gerichtet ist, die Selbstständigkeit im Denken und Handeln zu pflegen und auf die Ausübung der sozialen Freiheit vorzubereiten. Und diese Selbstständigkeit im Denken und Handeln führt notwendig dazu, daß der passive Gehorsam allmählich verschwindet, um durch individuelle Initiative und notwendige Einstellung auf selbständiges Handeln ersetzt zu werden. So wirkt die Erziehung durch die Gewerkschaft an der Unterhöhlung der Autorität und des Despotismus mit, gleichwie sie den Freiheitsdrang des Arbeiters weckt und stärkt. So liefert die Gewerkschaft das geistige Rüstzeug, mit dessen Hilfe die Wälder eines Tages den eisernen Ring der Sklaverei von innen heraus sprengen werden.

Mann der Arbeit, aufgewacht!

In einem Artikel „Trotz alledem!“ sagt die „Bergarbeiter-Zeitung“ allen deutschen Arbeitern und Arbeiterinnen einige bittere Wahrheiten, deren absolute Richtigkeit uns veranlaßt, sie unseren Mitgliedern nicht vorzuenthalten in der Erwartung, daß die notwendigen Schlussfolgerungen daraus gezogen werden:

Warum konnte das Unternehmertum seit dem vorigen Herbst mit Erfolg die von der Arbeitnehmererschaft in den letzten Jahren errungenen Positionen berennen? Warum konnte die Durchsicherung des Achtstundentages durch die Arbeitszeiterordnung erfolgen? Nicht allein durch die Inflation, die die Gewerkschaften finanziell ohnmächtig werden ließ, sondern auch deshalb, weil weite Kreise der Arbeitnehmererschaft die Bedeutung der Gewerkschaftsorganisation nicht erkannten!

Die Gewerkschaften nahmen nach dem Kriege eine gewaltigen Aufschwung. Von 2 Millionen vor dem Kriege und 1,6 Millionen im Jahre 1918 wuchsen die freien Gewerkschaften auf 5,5 Millionen in 1919, auf fast 8 Millionen in 1920. Mit dieser äußere-

lichen Machtzunahme ging die innerliche Festigung der Gewerkschaften keineswegs Hand in Hand. Der Zustrom kam größtenteils aus Kreisen, die für die gewerkschaftliche Organisation gar nicht vorbereitet waren. In ganzen Landstrichen, in denen früher die Organisation gar keine Bedeutung hatte, war nun alles reiflos organisiert. Früher gelbe Hochburgen wurden reiflos Domänen der Gewerkschaften. Aber nicht nur die Mitglieder, auch ein großer Teil der Funktionäre war für den Gewerkschaftskampf nicht geschult. Früher: Zähes Ringen um jeden einzelnen Indifferenten, jetzt: automatisches Zufließen der neuen Mitglieder. Früher: zäher Kampf um Pfennige und Bruchteile von Pfennigen Lohn-erhöhung, um Minuten Arbeitszeitverkürzung, jetzt: Achtstundentag ohne Kampf, automatisch, wenn auch durch die Inflation ständig erweiterte Lohnregelung. Die Massen der Gewerkschaftler waren nicht für den Gewerkschaftskampf erzogen, die gemeinsame Idee war ihnen nicht in Fleisch und Blut übergegangen, gemeinsame Schulung und Erfahrung aus jahrzehntelangem Kampf fehlte ihnen.

Die Unternehmer hatten ihre frühere starke Position unter dem Druck des Zusammenbruchs, unter den Sorgen der Demobilisierung kampflös geräumt. Von Stinnes ging die Anregung zur Anerkennung der Gewerkschaften, zur Festlegung des Achtstundentages aus! Eine innere Umstellung der Unternehmer lag aber nicht vor, lediglich Zweckmäßigkeitserwägungen bestimmten sie zu ihrer Haltung. Schon ihre passive Haltung in der Zentralarbeitsgemeinschaft, ihre immer offener reaktionäre Haltung zur Sozialpolitik und ganz besonders ihre Lohn- und Arbeitszeitpolitik bewiesen das. Unter dem Druck der Verhältnisse erkannten die deutschen Unternehmer Ende 1918 die Gewerkschaften als die berechtigte Interessenvertretung der Arbeiter, den Kollektivvertrag als die Regel für die Festlegung der Arbeitsbedingungen an, verzichteten sie auf die Protektion der Gelben.

Die Arbeitnehmererschaft zog daraus nicht die Konsequenz des Festhaltens an der Organisation und ihre Stärkung. Wenn das geschehen wäre, dann hätte die finanzielle Befundung der Gewerkschaften seit Jahresbeginn so große Fortschritte gemacht, daß heute Arbeitskämpfe jeden Umfangs ganz anders gesteuert werden könnten, wie das jetzt möglich ist. Wenn zudem die Arbeiter die Bedeutung des Genossenschaftswesens besser erkannt hätten, dann müßten die Genossenschaften ebensoviel treue, tausende Mitglieder zählen wie die Gewerkschaften. Diese Mitglieder . . . hielten . . . jeden Arbeitskämpf ein paar Wochen länger aus, als das heute der Fall ist. Dabei ist noch ganz abgesehen von der Macht, die unter solchen Umständen die organisierten Arbeiter in der Wirtschaft und im Staat darstellen würden.

So schwer aber auch heute infolge der ganzen hier kurz geschilderten Entwicklung die Lage der Arbeitnehmererschaft im ganzen ist: Der Arbeitnehmererschaft muß doch die Zukunft gehören! Die Entwicklung in Wirtschaft und Gesellschaft kann nicht zurückgekauert werden. Arbeitgeber, Handwerks- und Zünftlerstum charakterisierten die Wirtschaft ein halbes Jahrtausend, der moderne Kapitalismus hat sich in hundert Jahren vom reinen Individualismus zum schärfsten Klassensozialismus entwickelt, wie er in den modernen Kartellen, Syndikaten und Unternehmerverbänden seinen Ausdruck findet. Diese Entwicklung hat die Gewerkschaftsbewegung geboren und unaufhaltsam gestärkt, hat sie zu Unentbehrlichem in der Wirtschaft gemacht. Sie hat aber in den letzten Jahren auch dazu geführt, daß die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung über den reinen Kampf um die Arbeitsbedingungen hinausgewachsen ist. Man braucht nur auf die Begriffe Rätegedanke, Betriebsdemokratie und Wirtschaftsparlamentarismus zu verweisen, um zu erkennen, daß die Arbeiterklasse heute höhere Ansprüche stellt, als Befriedigung der engsten Lebensbedürfnisse. Wenn auch von Millionen noch nicht klar erkannt, erhebt doch die Arbeiterklasse immer deutlicher den Anspruch, in der Wirtschaft als Gleichberechtigte zu gelten. Nicht mehr das Kapital, nicht mehr der Besitzer von Produktionsmitteln, sondern die lebendige menschliche Arbeitskraft ist das primäre, das grundlegende Element in der Wirtschaft. Nicht mehr die ersten, sondern die letzten muß der Ueberlegene in der Wirtschaft sein! Diese lebendige Arbeitskraft zu monopolisieren und ihrer Bedeutung entsprechend

in die Wagschale zu werfen, ist die Aufgabe der Gewerkschaften, und damit ist deren ungeheure Bedeutung für die Zukunft gekennzeichnet. Was es in diesem Kampf auf ein Auf und Ab geben, mögen Siege und Niederlagen miteinander wechseln, Aufstieg und endlicher Sieg sind naturnotwendig, soll nicht unsere ganze Kultur untergehen. Der einzelne Arbeiter und das ganze Volk ist verloren, wenn nicht diese Entwicklung sich durchsetzt. Nur durch zielbewusste Organisation retten wir uns und unser Volk!

Gewerkschaften und Genossenschaften.

Im Bericht des Internationalen Gewerkschaftsbundes über die Jahre 1922 und 1923 wird das Verhältnis des Internationalen Gewerkschaftsbundes zum Internationalen Genossenschaftsbund behandelt und über die Besprechungen, welche die Zusammenarbeit dieser Organisationen zum Gegenstand hatten, insbesondere in bezug auf die Bewertung der Spareinlagen und Kapitalien der Arbeiterorganisationen, berichtet.

Besonderes Interesse verdient der Musterentwurf für ein Uebereinkommen zur Regelung der Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften. Die in der letzten Zeit öfters vorgekommenen Konflikte zwischen Genossenschaften als Arbeitgeber und den gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern der Genossenschaften machen die Regelung auf diesem Gebiete zu einer dringenden Notwendigkeit. Der Entwurf betont die Notwendigkeit der Kollektivverträge, behandelt die Mitwirkung der Gewerkschaften bei Aufnahme und Entlassung der Arbeiter sowie bei Festlegung der Arbeitsbedingungen. Er behandelt die Pflichten der Genossenschaften in bezug auf die soziale Befestigung und das Lehrlingswesen.

Besonders wichtig sind die Bestimmungen für den Fall von beruflichen Streiks, Solidaritätsstreiks und Generalstreiks. Hier wird der Versuch unternommen, die genossenschaftlichen Mitglieder der Gewerkschaften vom Streik fernzuhalten, jedoch so, daß dadurch weder die beruflichen noch die allgemeinen Interessen der Gewerkschaften beziehungsweise Arbeiter leiden. Die besondere soziale Rolle der Genossenschaften dient bei dieser Regelung zum Ausgangspunkt.

Internationales.

Dänemark. In der Nummer vom 24. Mai unseres dänischen Bruderorgans wird der erfolgreich beendeten Lohnbewegung ein ausführlicher Artikel gewidmet, dem folgendes entnommen sei:

Nach einem Streik der Buchbinder- und Kartonnagenarbeiter und anschließender Aussperrung der übrigen Branchen von einer Gesamtdauer von fünf Wochen wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen, in welchem die Grundforderungen des Verbandes anerkannt wurden. Obgleich die Arbeiter Lohn-erhöhungen gefordert hatten und solche auch erreichten, handelte es sich in Wirklichkeit um einen Abwehrkampf; denn die Lohn-erhöhungen dienen nur zum Ausgleich der gestiegenen Lebenshaltungskosten und die Unternehmer wollten die Akkordpreise herabsetzen.

Es wird zugegeben, daß der Beruf an der Grenze des Zusammenbruchs steht; mit dem Hinweis darauf und mit einer neuen Taktik hatte die neue Leitung des Unternehmerverbandes geglaubt, den Beweis bringen zu müssen, daß sie die Führung von Lohnkämpfen besser verstehe, wie ihre Vorgängerin. Die neue Taktik bestand darin, nur den weiblichen Berufszugehörigen Zugeständnisse zu machen, und so einen Keil in die Bewegung zu treiben. Die Unternehmer hatten nicht geglaubt, daß es die Arbeiter zum Kampf kommen lassen würden, mußten aber erleben, daß die neu organisierten Branchen gleich bei der Feuerprobe wacker standhielten, nicht im eigenen Interesse, sondern in dem der Allgemeinheit.

So verkündet unser Bruderverband mit berechtigtem Stolz, und wir freuen uns mit ihm.

Schweden. Der schwedische Verband beruft seinen 10. Verbandstag für den 31. Juli, 1. und 2. August nach Stockholm ein. — Die Wahl der Delegierten und Stellung von Anträgen zum Verbandstag soll bis Ende Juni vorgenommen werden.

Im internationalen Teil wird auf die Bewegungen in Norwegen und Dänemark verwiesen; von ersterer wird berichtet, daß die Aussperrung noch andauert, daß aber vom Schlichtungsausschuß ein Vergleichsvorschlag vorliege, über dessen Schicksal die Zweigvereine durch Zirkular verständigt werden sollen.

Zur Unterstützung der kämpfenden Berufskollegen in Norwegen und Dänemark wird ein einmaliger Extrabeitrag in Höhe einer Krone bzw. 50 oder 25 Öre je nach der Beitragsklasse ausgeschrieben, welcher für die Woche vom 4.—10. Mai fällig ist.

Fort mit der Gleichgültigkeit.

Kopfsänger und Gleichgültigkeit ist jetzt der unserer Kollegenschaft eingerissen, Gleichgültigkeit auch gegenüber ihrer Gewerkschaft. Sind dazu Ursachen vorhanden? Nein, und dreimal nein. Unsere Kollegenschaft hat allen Anlaß, auf der Wacht zu sein gegenüber dem Unternehmertum. Beweis: die Anträge dieses zu den bevorstehenden „Apl“- und BdB-Verhandlungen. Aber nicht nur dies. Jedes Auf und Ab in unserem Wirtschaftsleben bewegt auch die Organisation der Arbeiterschaft aus tiefer, und je fester diese zusammengefaßt sind, je mehr eine Arbeiterschaft sich um ihre Interessen kümmert, nicht nur Beiträge zahlt, sondern die Gewerkschaftszeitung liest und Versammlungen besucht, desto schlag- und abwehrkräftiger ist diese. Haben wir doch Betriebe, in denen die Kollegenschaft, obwohl organisiert und einem Reichstakt angehörend, sich nicht um dieselben kümmert, ja nicht einmal fragt nach diesem. Man ist zufrieden mit dem, was der Unternehmer bietet. Daher auch die geringe Achtung, die die Unternehmer vor ihren Arbeitern haben. „Wer Aecht ist, soll Aecht bleiben!“ Laßt dieses abschlechte Wort nicht zur bitteren Wahrheit werden. Seht vor und um euch, wie die Unternehmer angreifen, Kassenbewälter sind als die Arbeiterschaft und mit ihren politischen Parteien Hand in Hand arbeiten, um die Arbeiterschaft immer mehr zurückzudrängen. Die Folgen der letzten Wahlen wird die Arbeiterschaft bald zu spüren bekommen. Was sie daraus ihre Lehren ziehen. Aber Gründe zum Kopfsängen sind trotzdem nicht da, wenn die Kollegenschaft auch den letzten Berufsangehörigen auf sich beranzieht. In jeder Zahlreihe müssen die Betriebs- und Vertrauensleute ihre Pflicht in idealer Weise tun. Die Kollegen und Kolleginnen, besonders letztere, müssen die Gewerkschaftsversammlungen besuchen und in jeder Weise mit raten und taten. Dann werden auch die Gewerkschaftsfunktionäre vom ersten bis zum letzten voll und ganz ihre Pflicht tun. Dann aber werden sie auch dem Unternehmer freier und zuverlässiger gegenüber treten können in dem Bewußtsein, es steht hinter ihnen ein einheitlicher Wille, ein einheitliches Handeln der Kassenbewälter Kolleginnen und Kollegen. Daß dem heute leider nicht so ist, sehen wir alle Tage. Geschimpft wird in den Betrieben auf die Führer, nicht etwa auf die Unternehmer, in allen Tonarten. Nur wird vergessen, daß man dabei die Geschäfte des Unternehmers besorgt, denn die Führer sind nach der Meinung des Unternehmers die Regenden und Fordern, die ewig Unzufriedenen. Dieses wird den Führern, aber auch mancher Verhandlungskommissionen offen in den Verhandlungen von den Unternehmern erklärt. Und doch schreibt die Masse nach Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse, denn der Lohn ist viel zu niedrig. Wer so vieles über sich ergehen lassen muß wie unsere Funktionäre, ist gewiß nicht feig oder gar ein Verräter. Nur feige ist, wer hinter dem Ofen sitzt und andere für sich kämpfen läßt, wohl wissend, daß auch ihm die Früchte zufließen.

Darum, Kolleginnen und Kollegen, rüht die Jagdhaften, Aubebedürftigen auf. Leben ist Kampf, und ein Trauerschloß und Zammerrappen, wer sich dem entzieht. Hoffen wir, daß die Kollegenschaft Mut zum Kampfen aufbringt, sie unterliegt dann gewiß nicht.

C. Hannemann, Ludenwalde.

Geld und Kredit.

Seit einiger Zeit verfolgt die Reichsbank eine Politik der Kreditbeschränkung. Die von ihr ausgetriebenen Beträge dürfen, wenn sie auch laut dem Reichsbankausweis Ende April infolge des Monatschlusses zunehmen, im Verhältnis zu den früheren Monaten nicht wesentlich gesteigert werden. Ihren Kreditskrediten sind durch die Begrenzung der Rentenmarkkrediten Grenzen gesetzt. Papiermarkkredite darf sie zwar der Privatwirtschaft zur Verfügung stellen — Ende Mai gab es bei ihr Papiermarkwechsel im Betrage von 772 Millionen Goldmark, neben den Rentenmarkwechseln und Lombardkrediten im Betrage von 1,3 Milliarden Goldmark — angefaßt der drohenden Inflation muß aber auch diese Art der Kreditgewährung eingeschränkt werden. Die kürzlich errichtete Goldbilanzbank kann infolge ihrer schmalen Basis und der Tatsache, daß die an sich unmöglichen Ausleihungen (Rekredit) der Goldbilanzbank im Ausland infolge der schwierigen Bedingungen bisher unterblieben, keine wesentliche Erleichterung des Geldmarktes bringen. Auch sind ausländische Kredite mit Ausnahme des holländischen 140-Millionen-Guldenkredits nur sehr spärlich vorhanden, trotz der hohen Verzinsung, die heute in Deutschland erreicht werden kann. So stürzen sich die Kreditstrebenden auf die spärlichen Geldsummen, die bei den Banken und privaten Geldgebern vorhanden sind. Es gibt eine ganze Anzahl Kapitalisten und Gruppen von solchen, die im Besitz

flüssigen Kapitals die gegenwärtige Notlage ausbeuten. Bis vor kurzem haben auch öffentliche Unternehmungen, wie Postverwaltung usw., Geld zu hoher Verzinsung an die Privatwirtschaft ausgeliehen; seit einiger Zeit werden diese Kredite über die Reichsbank geleitet. Die Kapitalknappheit führte zu einem ungeheuren Kredithandel mit Geld. Zwischen den Kreditgeber und den Kreditnehmer haben sich Vermittler und Zwischenpersonen eingeschoben, deren Tätigkeit den für die Produktion nötigen Kredit noch weiter verteuert. Auch wird die Spanne zwischen dem verhältnismäßig niedrigeren Zinsfuß der Reichsbank und dem viel höheren der privaten Geldgeber sehr oft dazu ausgenützt, daß Reichsbankausleihungen von ihren Empfängern zu höherem Privat-zinsfuß an andere weitergegeben werden. Wähler bestand keine entsprechende Kontrolle für die Verwertung der Reichsbankkredite.

Die Geldknappheit wird auch noch dadurch gesteigert, daß die Kurse der Dollarkursausweisungen andauernd sinken, wodurch letztere als Geldmittel nicht mehr benötigt werden können. Es gibt große Gewinner der Kreditnot auch außer den direkten Geldgebern. Die Kreditnot veranlaßt sowohl breite Schichten des Mittelstandes wie auch schwächere Unternehmungen, die in ihrem Besitz befindlichen Aktien zu den gegenwärtig äußerst niedrigen, zum Substanzwert der Unternehmungen in keinem Verhältnis stehenden Preisen abzugeben. Wer heute über Geld verfügt, kann diese Aktien zu lächerlich geringen Preisen kaufen. Diese Käufe dienen nicht nur der Bereicherung, sondern auch der Machterweiterung.

Kindereleid.

Die amerikanischen Hilfskommissionen haben einen hervorragenden Sachverständigen, D. Emerson, Professor der Sozialhygiene an der Universität Columbia, nach Deutschland geschickt, um über das Kindereleid in Deutschland an Ort und Stelle zuverlässige Untersuchungen anzustellen. Der Gelehrte weilte Ende 1923 in Deutschland, hat 100 Familien persönlich aufgesucht, ebenso die Kinderheilanstalten in neun Städten und die amtlichen Angaben der Behörden sorgfältig nachgeprüft. Sein Bericht ist vor kurzem erschienen und enthält eine ausführliche Beschreibung des verwerflichen Zustandes der deutschen Kinder. Er meint, daß die amtlichen Angaben hierüber keineswegs übertrieben seien. Trotz des Geburtenrückganges auf die Hälfte ist die Versorgung der Säuglinge schlimmer als je. Infolge Unterernährung kann nicht einmal die Hälfte der Mütter ihre Säuglinge selbst stillen. In Berlin wird jeder zehnte Säugling infolge der Armut der Eltern in einer Anstalt untergebracht. Die Tuberkulose tritt bei vielen Säuglingen bereits im sechsten Lebensmonat auf. In den Spitälern sind 15 bis 25 Prozent der Kinder unter zwei Jahren tuberkulös. Die Erscheinung ist eine neue Erfahrung der Hospitäler aus den letzten 12 bis 18 Monaten. Die Kinder zwischen zwei und fünf Jahren werden sehr oft wegen Mangel an Schuhwerk und Kleidung zu Hause behalten und haben weder Licht noch Luft. 20 bis 50 Prozent der Kinderheime und Krippen sind geschlossen. Die verschiedenen Krankheitserscheinungen, Blausucht, Rachitis, eingesunkene Augen, Abmagerung sind so allgemein, daß man schon das Augenmaß verliert, und beim Vergleich mit Kindern anderer Länder über das blühende Aussehen der letzteren verwundert ist. Die Kinderkrankheiten sind in den Familien der Arbeiter, der kleinen Beamten und besonders der Arbeitslosen am häufigsten.

Die Untersuchungen an Schulkindern ergaben ähnliche Aufschlüsse. Die durch Hunger geschwächten Kinder können infolge von Kopfschmerzen, Schwindel und Ohnmachtsanfällen nicht lernen. 20 Prozent der sechsjährigen Kinder müssen vom Schulbesuch befreit werden. Die gebräuchlichste Ernährung eines Schulkindes besteht hauptsächlich aus Kartoffeln, Brot mit Margarine, Rüben, Mehlsuppe, einmal in der Woche Fleisch — Milch fehlt. Genußartigkeiten sind infolge von Mangel an Zeit, Geld, überfüllten Wohn- und Schlafräumen sehr häufig.

Die untraglichen Wohnungsverhältnisse werden von Professor Emerson ausführlich geschildert. Drei Kinder in einem Bett und fünf bis sechs Personen in einem Schlafzimmer sind gewöhnliche Erscheinungen. Er stellt fest, daß die größte Steigerung der Tuberkulose auf Kinder unter zehn Jahren entfällt. In den Jahren 1920/21 war bereits eine Erholung von den Kriegswirkungen in bezug auf Geburtenraten, Sterblichkeit und Krankheiten eingetreten. Seit der zweiten Hälfte 1922 haben sich jedoch die Zustände wieder geradezu katastrophal verschlechtert. Das deutsche Volk, insbesondere aber die deutschen Kinder, so schreibt Professor Emerson keinen Bericht, sind Opfer der Geldverwertung und der Arbeitslosigkeit geworden.

Englisches Urteil über Löhne und Unternehmerwillkür in Deutschland.

In der angesehenen bürgerlichen Wirtschaftszeitung „The Economist“ berichtet ein Korrespondent über die wirtschaftliche Lage Deutschlands. Die Frage, wie nach Stabilisierung der Mark eine inländische Konjunktur für

verschiedene Verbrauchsartikel entstehen könnte, beantwortet er damit, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger sich an Entbehrungen in der Ernährung während der Inflation so gewöhnt haben, daß sie nach der Stabilisierung etwas von ihren geringen Löhnen zur Beschaffung von Kleidung verwenden könnten. „Inbelsam“ — schreibt er — „kann nicht verhehelt werden, daß die Arbeit in Deutschland gegenwärtig äußerst schlecht bezahlt wird. Die Nominallöhne sind geringer als vor dem Kriege, während die Kosten der Lebenshaltung um 45 bis 50 Proz. höher stehen. Die Reallöhne betragen demzufolge nicht mehr als 60 Proz. der Friedenslöhne. In den ersten Tagen der Stabilisierung war die Arbeiterklasse mit der neuen Lohnfestsetzung gern einverstanden. Mit der Zeit wurde ihr aber die wirkliche Lage klar, und es waren gerade die Lohnhöhungen, die ihr die hoffnungslose Geringfügigkeit der gegenwärtigen Entlohnung vor Augen führten.“

„In anderer Stelle: „Die Unternehmer sind äußerst unmaßgebend. Sie sind in der Tat die geistigen Erben der alten Militärkaste und sind gegenwärtig im vollen Bewußtsein ihrer überlegenen Lage bei den Verhandlungen. Wenn die Unternehmer nicht eine verschönertere Haltung annehmen, so wird der Tag der Abrechnung kommen, und vielleicht viel früher, als es die meisten heute vermuten.“

Literarisches.

Was hat der Betriebsrat zu tun? Herausgegeben von der Freigewerkschaftlichen Betriebszentrale der Berliner Gewerkschaftskommission und des Ortsrats des Berlin des RM-Bundes. 32 Seiten.

Die Broschüre will keinen Ersatz eines ausführlichen Kommentars darstellen. Sie ist herausgegeben worden, um den in der Praxis der Rechtsberatung der Betriebsräte gemachten Erfahrung insoweit Rechnung zu tragen, als sie, im Sinne von Anleitungen für „erste Hilfe“, den Betriebsräten Rat schlägt gibt für die Behandlung der hauptsächlichsten Fragen, die sich sowohl aus dem Wahl-, wie auch aus dem Einspruchsverfahren ergeben. Die Schrift ist weniger für die Betriebsräte großer Werke, als vielmehr für diejenigen von Klein- und Mittelbetrieben von Bedeutung. In Großbetrieben dürften die Betriebsräte, schon infolge ihrer sehr schwierigen Position gegenüber dem Einbild der Gesellschaften und Unternehmerverbände, imstande sein, mit den großen Kommentaren umzugehen. Anders in kleinen und gelegentlich auch in mittleren Betrieben, wo sehr oft nicht einmal die Arbeitgeber genügende Kenntnisse und Fähigkeiten besitzen, um sich den Vorschriften des RMG entsprechend zu bewegen. Hier bedürfen die aus ihrer Praxis heraus nur wenig geklärten Betriebsvertretungsmitglieder einer Hilfe. Zum Zweck der größeren Uebersichtlichkeit ist die Broschüre nach Sachgebieten (Wahlverfahren, Einspruchsverfahren, Ausübung der wirtschaftlichen Mitwirkung und Schutzvorschriften) gegliedert. Sie enthält im Anhang außerdem noch Muster von Wahlausweisen und Klageanträgen.

Zum Streik in Danzig

erhalten wir bei Redaktionschluss die Mitteilung, daß die Streikenden fest im Kampf verharren. Zwei aus Berlin eingetroffene Arbeitswillige, die angeblich vom Streik keine Ahnung hatten, haben sich der Bewegung ebenfalls angeschlossen. Die Streikenden sind gewillt, den Kampf mit der leibherrigen Fähigkeit weiterzuführen bis zur Kapitulation der Unternehmer. Wir erlauben unsere Mitglieder dringend, Arbeitsangebote aus Danzig unter allen Umständen abzulehnen.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Abrechnungen
vom 1. Quartal gingen weiter bis zum 10. Juni bei der Verbandskasse ein von:
Bernau 13,50 M., — Hensburg — M., — Wände in Westfalen 186,50 M., — Dortmund 372,25 M., Essen 520,— M., — Koblenz 120,— M., — Kandel 93,80 M., Mannheim-Erbolslohshafen 190,— M., — Koburg 58,50 M., Mühlhausen 180,— M., — Seiffenriedorf 106,— M., — Gau Nordbavern 12,15 M., Nürnberg-Fürth 4510,95 M.

Noch nicht eingegangen sind die Abrechnungen von den Zahlstellen in:

- Guben, Neubrandenburg, Neuruppin*, Stolp, Tilsit*,
- Bremen, Leer i. Ostf., — Quedlinburg, — Göttingen,
- Iserlohn, Mülheim*, Münster, Rehme*, — Trier,
- Neustadt-Saarbr., — Götting, Jena, Neuhald bei
- Koburg, Chrobrn, Rauenstein, Noda, Kubla, Schmal-
- laden*, Tennstedt, Weipertshausen, Betsch*, — Crimmitschau,
- Schöndorf, Jandorf, — Freiburg i. Br., Gmünd-Nord,
- Göppingen, — Gmünd-Nord, — Gau Südbavern.

Bei den mit einem * bezeichneten Orten fehlt auch noch die Abrechnung vom 4. Quartal 1923.
Die Gau- und Bezirksleiter werden dringend ersucht, umgehend einen ausführlichen Bericht über die Verhältnisse in diesen säumigen Zahlstellen ihres Bezirkes an uns einzufenden.